

Social Media | 03.03.2026 | Nr. 74/26

Patrick Pender: Eindeutiger Handlungsbedarf beim Kinder- und Jugendschutz in sozialen Medien

In einer gemeinsamen Anhörung mehrerer Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages haben gestern über 30 Sachverständige aus Wissenschaft, Medizin, Medienaufsicht und Jugendhilfe zu den Auswirkungen sozialer Medien auf Kinder und Jugendliche Stellung genommen. Im Fokus stand dabei die Frage, wie wirksamer Kinder- und Jugendschutz im digitalen Raum konkret umgesetzt werden kann. Dazu erklärt Patrick Pender, Sprecher für Soziale Medien:

„Die Anhörung hat deutlich gemacht: Die Risiken sozialer Medien für Kinder und Jugendliche sind real und strukturell bedingt. Suchtfördernde Algorithmen, Cybermobbing, Hassrede, Sexting und Falschinformationen stellen junge Menschen vor erhebliche Herausforderungen. Hier besteht eindeutiger Handlungsbedarf.“

Die Sachverständigen verwiesen auf ein komplexes Zusammenspiel aus Plattformmechanismen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Neben Gefahren wurden auch die Chancen sozialer Medien für Kommunikation und Teilhabe betont. Schutz und Beteiligung müssten daher gemeinsam gedacht werden.

Mit dem europäischen Rechtsrahmen, insbesondere dem Digital Services Act, bestehen bereits klare Vorgaben für große Plattformen wie TikTok, Snapchat und Instagram. Für die Durchsetzung gegenüber sehr großen Plattformen ist die EU-Kommission zuständig. „Zum einen müssen bereits bestehende Rechtsrahmen konsequent angewandt und durchgesetzt werden“, so Pender. Plattformbetreiber müssten stärker in die Verantwortung genommen werden – etwa durch altersgerechte Voreinstellungen, transparente Algorithmen, die Begrenzung manipulativer Designmechanismen und wirksame Beschwerdestrukturen. „Zum anderen sind wir der Auffassung, dass dem Kinder- und Jugendschutz am wirksamsten mit einem Verbot sozialer Medien für unter 14-jährige Rechnung getragen werden kann.“

Gleichzeitig komme der Medienbildung dennoch eine zentrale Rolle zu. Eltern, Schulen und außerschulische Bildungsträger müssten Kinder und Jugendliche befähigen, digitale Angebote danach auch verantwortungsvoll nutzen zu können.

Pender abschließend: „Unser Ziel muss es sein, die Risiken sozialer Medien wirksam zu begrenzen. Beim Kinder- und Jugendschutz im Netz dürfen wir nicht noch mehr Zeit verlieren.“